



**Info Dienst Nr. 9 / 2010**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

hinter uns liegt die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der Osterpause.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in 16 Tagen hat auch die Diskussion im und rund um den Bundestag bestimmt. Gleich drei Regierungserklärungen in einer Woche sollten wohl vor der Wahl die weit verbreitete Meinung zerstreuen, dass die Bundesregierung seit der Wahl wenig und noch weniger Konstruktives zustande gebracht hat. Daran konnten jedoch auch die wohlfeilen Worte der Regierung nichts ändern. Es wird weiter taktiert und verschleiert. Offenkundige Widersprüche in der Koalition zum Beispiel in der Steuerpolitik sollen hinter die Landtagswahl verschoben werden, genauso wie die Verkündung der zu erwartenden Einschnitte ins soziale Netz durch Schwarz-Gelb, die man zur Finanzierung von Klientelpolitik benötigt.

Die Landtagswahl in NRW ist hier von besonderer Bedeutung. Mit einer SPD-geführten Landesregierung ist nicht nur eine bessere Politik für mehr Chancen, insbesondere in der Bildung, und Gerechtigkeit möglich. Damit wäre auch die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Bundesrat gebrochen und zumindest der größte Unsinn könnte vermieden werden. Hannelore Kraft hat zumindest schon eindeutig erklärt, dass sie der Einführung einer unsozialen Kopfpauschale in der Gesundheitsfinanzierung nicht zustimmen wird. Am 09. Mai geht es deshalb auch darum, ob Jürgen Rüttgers weiterhin die Kahlschlagpolitik von Schwarz-Gelb stützen kann oder ob NRW mit Hannelore Kraft wieder das soziale Gewissen von Deutschland wird.

Die weiteren Themen der Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

---

Die Themen:

1. Drei Regierungserklärungen in einer Woche – Wahlkampf im Bundestag
2. Schwerpunkt Arbeitsmarkt
3. Öffentliche Anhörung im Umweltausschuss zur Novelle des Erneuerbaren Energie-Gesetzes
4. Europäischer Aktionstag für eine Finanztransaktionssteuer
5. Girls Day im Deutschen Bundestag
6. Im Blickpunkt

## **1. Drei Regierungserklärungen in einer Sitzungswoche – Wahlkampf im Bundestag**

Die Regierung gerät immer weiter unter Druck. In der aktuellen Sitzungswoche wurden drei Regierungserklärungen abgegeben. Die Presse hat das ganze auf die Formel „Drei Tage, drei Erklärungen – eine Wahl“ zusammen gefasst.

Am Mittwoch hat der Verkehrsminister von der CSU, Peter Ramsauer, eine Regierungserklärung zu den Folgen der Vulkanasche-Wolke abgegeben. Am Donnerstag folgte die Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Situation in Afghanistan. Zum Schluss durfte dann noch der Bundeswirtschaftsminister von der FDP, Rainer Brüderle, eine Erklärung zur wirtschaftlichen Gesamtlage abgeben. Schließlich wollte die FDP nicht zu kurz kommen.

**Zur Regierungserklärung von Minister Ramsauer:** Weil Sicherheit vorgeht, war das Flugverbot richtig. Dennoch stellt sich aber die Frage, warum am Montag das Flugverbot von den europäischen Verkehrsministern gelockert wurde, bevor die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Testflugs vorlagen. Entweder war die Wolke ungefährlich, dann hätte das Flugverbot ganz aufgehoben werden müssen - oder die Wolke war gefährlich, dann hätten alle Maschinen am Boden bleiben müssen. Mit der Variante des "kontrollierten Sichtflugs" ist den Piloten die Verantwortung zugeschoben worden. Die Kritik der Pilotenvereinigung "Cockpit" blieb ungehört.

Das Krisenmanagement der Bundesregierung war unzureichend. Das bei der Deutschen Flugsicherung eingerichtete Krisenzentrum hat sich allein um technische Fragen gekümmert. Eine politische Führung in der Krise war hingegen nicht zu erkennen - kein Krisenstab im verantwortlichen Bundesministerium, der Minister selbst weit weg in Bayern. Für die Zukunft muss das eine Lehre sein. Notwendig ist ein klar geregelter Vorgehen im Krisenfall.

### **Zur Regierungserklärung über den Einsatz in Afghanistan**

Vor Beginn der Regierungserklärung gedachte der Bundestag der in Afghanistan gefallenen Soldaten. Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der auf die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel antwortete, ging auf die Bundeswehropfer in Afghanistan ein und überbrachte die Anteilnahme der SPD-Fraktion.

Aufgrund der Toten und Verletzten in Afghanistan in jüngster Zeit wächst in der Bevölkerung der Zweifel am Einsatz und es wird die Frage gestellt, ob wir unsere Ziele als internationale Gemeinschaft noch erreichen können. Wir als SPD haben noch mal klar gestellt: Auslandseinsätze sind keine Selbstverständlichkeit und das soll auch so bleiben. Wir dürfen uns nicht an tote Soldaten und tote zivile Helfer gewöhnen. Und wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Notwendigkeit des Einsatzes schwindet, dann müssen wir dies auch ernst nehmen. Denn das Vertrauen der Bevölkerung ist die eigentliche Rückendeckung für den Einsatz.

Die SPD hat mehrheitlich dem Mandat inklusive der geänderten Strategie Ende Februar zugestimmt, weil damit eine klare Abzugsperspektive verbunden ist. Im Namen der SPD forderte Sigmar Gabriel im Bundestag eine unabhängige und wissenschaftlich gestützte Evaluation des Einsatzes in Afghanistan in Bezug auf seine Ziele und die Strategie. Dies ist auch Teil der Fürsorgepflicht gegen über der Soldaten und notwendig, wenn über das Mandat zu entscheiden ist.

## **2. Schwerpunkt Arbeitsmarkt**

Im Rahmen der aktuellen Sitzungswoche im Deutschen-Bundestag hat die SPD-Fraktion mehrere Anträge zu arbeitsmarktpolitischen Themen eingebracht und so erneut deutlich aufgezeigt, dass vor allem eine sichere Beschäftigung die Wirtschaft in Deutschland stärkt.

### **Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit steuerfrei lassen**

Der Bundestag hat in dieser Woche abschließend über den Antrag der SPD-Fraktion „Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten“ beraten. Darin fordern wir als SPD die Bundesregierung auf, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und eine eindeutige Zusicherung zu geben, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleibt.

Bei der Frage, wie Steuersenkungen in Zeiten hoher Verschuldung zu bezahlen sind, wird immer wieder die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nachtzuschläge ins Gespräch gebracht. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von insgesamt über 2 Milliarden Euro zur Folge. Besondere Brisanz erhält diese Forderung durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition. In der Vergangenheit haben sich CDU, CSU und FDP immer wieder für die Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge ausgesprochen. Die FDP hat bei ihrem in der letzten Woche vorgestellten Konzept erneut angekündigt, Steuervergünstigungen in der Breite abzubauen. Dazu gehört dann auch eine der wichtigsten Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer, nämlich die Steuerfreiheit der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge. Bei einer Streichung oder Einschränkung würden Schichtarbeiter, Krankenschwestern und Polizisten die Steuergeschenke für die Hoteliers bezahlen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/002/1700244.pdf>

### **Konditionen für Kurzarbeit verbessern**

Wir als SPD wollen eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Großen Koalition gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Hierzu wurde in dieser Woche unser Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ abschließend im Bundestag beraten. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch die Kurzarbeit verhindert werden.

Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bereits Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen spürbar zurückführen werden. Seit dem 1. Januar 2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden.

Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen weiterhin die Kostenübernahme durch die Bundesagentur für Arbeit, um diese Betriebe zu stützen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700523.pdf>

### **Für einen gesetzlichen Mindestlohn**

Das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland hat seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig, um das Lohnspektrum insgesamt nach unten zu begrenzen. Er ist insbesondere wichtig für Bereiche, in denen die Tarifvertragsparteien nicht präsent oder zu schwach sind, um angemessene Löhne zu vereinbaren.

Mit unserem Antrag „Gesetzlichen Mindestlohn einführen - Armutslöhne verhindern“ setzen wir uns weiterhin für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn können gerechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland gewährleistet werden. Lohndumping muss flächendeckend verhindert werden. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll künftig einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung haben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland muss existenzsichernd sein. Über die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohnes sollte nicht das Parlament entscheiden. Im Einvernehmen mit den Tarifparteien ist eine unabhängige Kommission einzusetzen. Diese soll regelmäßig über die Einkommensentwicklung im unteren Bereich berichten und eine Empfehlung aussprechen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701408.pdf>

### **3. Öffentliche Anhörung im Unterausschuss zur Novelle des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes**

Am Mittwoch dieser Woche fand im Unterausschuss des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zur Novelle des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes statt. Vor zehn Jahren wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen. Dieses bis dahin einmalige Förderinstrument verhalf den Erneuerbaren Energien in Deutschland zum Durchbruch und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz und zu einer ökologischen und sozialen Energiewende.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung verheißt allerdings nichts gutes. Die Regierung ist dafür verantwortlich, Herstellern, Investoren und Handwerkern verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten. Die Regierung hat durch ihren Zickzack-Kurs mit angekündigten Kürzungen bei der Einspeisevergütung den Markt stark verunsichert. Investitionen drohen zu scheitern, deutsche Hersteller müssen um ihre Marktposition fürchten und zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Das Vorhaben der Bundesregierung in Kürze: Die schwarzgelbe Bundesregierung plant eine massive zusätzliche Kürzung der Einspeisevergütung für Photovoltaik zum 1.7. und vermutlich noch einmal besonders stark zum 1.1.2011. Die Mittel für die Förderung energetischer Gebäudesanierung wurden gegenüber 2009 so gekürzt, dass Mitte des

Jahres ein Programmstopp droht, bei dem Markteinführungsprogramm für Wärmepumpen, Solarthermie, Pelletheizungen & Co. hat die schwarz-gelbe Mehrheit so gekürzt und gesperrt, dass bereits jetzt keine neuen Förderanträge mehr angenommen werden können. Das Förderprogramm für Mini-Blockheizkraftwerke wurde durch Bundesumweltminister Norbert Röttgen gestoppt.

Interessant ist dabei, dass Schwarz Gelb im Gegenzug plant, Investitionszuschüsse bis zu einem dreistelligen Millionenbetrag zu Großkraftwerken von RWE, EON & Co zu zahlen, obwohl diese Konzerne Rekordüberschüsse machen und die bestverdienendsten deutschen Unternehmen sind.

Die öffentliche Anhörung mit den Sachverständigen hat eines deutlich gemacht: Mit dieser Politik droht die Bundesregierung tausende von Arbeitsplätzen in der Branche der erneuerbaren Energien zu gefährden. Auch die wirtschaftliche Stellung Deutschlands als Exporteur grüner Technologien steht auf der Kippe.

Wir als SPD werden mit einer Reihe von Änderungsanträgen (u.a. zu einer moderaten Absenkung der Einspeisevergütung) und eigenen Konzepten Alternativen für diesen Kurs aufzeigen.

#### **4. Europäischer Aktionstag für eine Finanztransaktionssteuer**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, sich auf internationaler und europäischer Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Die SPD hat sich über diese Forderung bereits mit ihren europäischen Schwesterparteien geeinigt und hat den 24. April 2010 zum „Europäischen Aktionstag für eine Finanztransaktionssteuer“ ausgerufen.

Eine Steuer auf sämtliche Finanzgeschäfte ist ein sinnvolles Instrument, um das Ausmaß der Finanzspekulationen zu begrenzen. Zudem würde die Steuer die Finanzjongleure an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Eine geringe Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf jedes Finanzgeschäft würde weltweit zu Einnahmen von rund 500 Milliarden Euro führen. Allein in der EU würden die Staaten fast 200 Milliarden Euro einnehmen. In Deutschland würde sich das Aufkommen auf fast 40 Milliarden belaufen.

Der Zeitpunkt, eine solche Steuer auf Finanzgeschäfte weltweit zu vereinbaren, ist so günstig wie nie zuvor. Ende Juni werden sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Toronto treffen und über eine solche Steuer sprechen. Die Bundesregierung sollte sich deshalb endlich dafür einsetzen, dass eine Finanztransaktionssteuer beim G20-Treffen im Juni beschlossen wird. Falls dies nicht möglich sein sollte, sollte Deutschland sich zunächst auf EU-Ebene für eine europäische Vereinbarung einsetzen. Leider wolle die Koalition aus CDU/CSU und FDP nicht einmal über dieses Thema diskutieren: Im März verhinderte sie eine entsprechende Anhörung von Experten im Bundestag.

#### **5. Girls Day im Deutschen Bundestag**

Larissa Scholz, Schülerin an der Realschule Bergkamen konnte diesen Donnerstag einen Tag bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin verbringen. Anlass für die Einladung ist der nun schon zum zehnten Mal bundesweit stattfindende Girls' Day. Insgesamt 70 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten Gelegenheit, den Politikbetrieb hautnah mitzuerleben.

Auch in der Politik und in der Politikberatung brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligt sich die SPD-Fraktion schon zum sechsten Mal am Girls' Day.

Das Programm für die Mädchen war vielfältig und umfangreich. Sie hatten Gelegenheit, ihren Abgeordneten bei Terminen zu begleiten und einen Einblick in seinen Büroalltag zu erhalten. Auch haben sie den Reichstag besichtigt und bei einer Plenardebatte auf der Zuschauertribüne Platz genommen. Im Rahmen eines Planspiels, das den Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung weist, lernten sie, wie man einen Gesetzentwurf einbringt und wie ein Gesetz letztlich verabschiedet wird und in Kraft tritt.

Am Girls' Day öffnen Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland einen Tag lang ihre Tore, um Mädchen Einblick in spannende Berufsbereiche sogenannter „typischer Männerberufe“ zu ermöglichen. Hintergrund ist, dass viele Mädchen und junge Frauen sich noch immer für die sogenannten „typischen Frauenberufe“ entscheiden. Damit nehmen sie nicht alle Chancen wahr, die ihnen das Berufsleben bietet. Hier setzt der Girls' Day an. Er will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette von Möglichkeiten auszuwählen.

## **6. Im Blickpunkt**

### **Für eine effektivere Arzneimittelversorgung**

Die gesetzliche Krankenversicherung ist in einer schwierigen finanziellen Lage. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist das stetig steigende Wachstum der Arzneimittelausgaben. Es muss unverzüglich gehandelt werden, um die Qualität der Arzneimittelversorgung zu erhöhen und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Allerdings hat die Bundesregierung bislang keinerlei Initiativen ergriffen. Stattdessen wartet Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler auf Vorschläge der pharmazeutischen Industrie zur Begrenzung ihrer eigenen Gewinne. Mit unserem Antrag für eine „Effektivere Arzneimittelversorgung“ legen wir konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Situation vor. Die Qualität der Arzneimittelversorgung muss erhöht und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit verbessert werden, damit die Krankenkassen keine Zusatzbeiträge erheben müssen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/012/1701201.pdf>

### **Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung**

Steuerhinterziehung ist eine Straftat. Nach geltendem Recht verzichtet der deutsche Staat allerdings auf eine Bestrafung, soweit der Täter der Finanzbehörde vor der Entdeckung der Steuerhinterziehung von sich aus nachträglich die zutreffenden Besteuerungsgrundlagen mitteilt und die verkürzten Steuern entrichtet. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass diese Regelung in der Abgabenordnung (AO) keinen Rückgang der Steuerhinterziehung bewirkt, sondern letztlich nur den Täter vor Bestrafung bewahrt.

Wir wollen jetzt die notwendige Konsequenz ziehen. Der Staat darf sich nicht weiterhin damit begnügen, hinterzogene Steuern verspätet zu erhalten. Ziel unseres Gesetzentwurfes ist die Aufhebung des § 371 AO, wodurch künftig die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung entfallen würde.

Den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701411.pdf>

**Neues SWIFT-Abkommen nur noch nach europäischen Grundrechts- und Datenschutzmaßstäben**

Am 30. November 2009 unterzeichneten die Justiz- und Innenminister der Europäischen Union (EU) das so genannte SWIFT-Abkommen. Es sollte der Übermittlung von Zahlungsverkehrsdaten an die USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus dienen. Nach der Unterzeichnung konnte es ab dem 1. Februar 2010 bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig angewendet werden. Für das Inkrafttreten des Abkommens war jedoch die Zustimmung des Europäischen Parlamentes (EP) erforderlich. Diese verweigerte das EP in seiner Abstimmung am 11. Februar 2010, wodurch die vorläufige Anwendung beendet werden musste.

Nun soll zwischen der EU und den USA ein neues Abkommen ausgehandelt werden. Am 24. März 2010 hat die Europäische Kommission einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat vorgelegt. Für die anstehenden Verhandlungen gilt: Der Staat muss die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger schützen. Doch muss er dabei grundrechtliche und menschenrechtliche Garantien beachten – also insbesondere den Datenschutz. Wir fordern die Bundesregierung daher mit unserem Antrag auf, dass sie ihre Zustimmung zum Verhandlungsmandat wie auch zu einem Abkommen davon abhängig macht, dass die Regelungen datenschutzrechtlichen Maßstäben genügen. Wir fordern unter anderem Transparenz, Rechtsschutz, eine genaue und abschließende Begrenzung nach Art und Umfang der zu übermittelnden Daten, das Verbot der Übermittlung an Drittstaaten sowie Löschungs- und Berichtigungsansprüche.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701407.pdf>